

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN

für die Durchführung von Prüfungs- und Zertifizierungsdienstleistungen der Zertifizierungsstelle für Personal der TÜV SÜD Akademie GmbH

Im Folgenden werden Vertragspartner der TÜV SÜD AKADEMIE GmbH als **Auftraggeber** und die TÜV SÜD AKADEMIE GmbH, Zertifizierungsstelle für Personal als **Akademie** bezeichnet. Auftraggeber und Akademie gemeinsam werden als **Vertragsparteien** bezeichnet.

1 Allgemeines, Geltungsbereich

- 1.1 Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für die Durchführung von Prüfungen und Personenzertifizierungen der Akademie. (im folgenden „Leistungen“).
- 1.2 Überwiegend erbringt die Akademie Leistungen gegenüber Unternehmern (§ 14 BGB), juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögen. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (im folgenden „AGB“) sind deshalb grundsätzlich für den Verkehr mit diesen Personengruppen verfasst und gelten für alle Geschäftsbeziehungen der Akademie mit solchen Auftraggebern. Dessen ungeachtet gelten sie aber auch für die Geschäftsbeziehungen der Akademie mit Verbrauchern (§ 13 BGB). In diesem Fall gelten die AGB jedoch **mit folgenden Maßgaben**:

- Die von der Akademie angegebenen Fristen sind entgegen Ziffer 4.1 verbindlich.
- Ziffer 12.1 gilt mit der Maßgabe, dass der Sitz der Akademie als Gerichtsstand für den Fall vereinbart wird, dass der Auftraggeber seinen Sitz, Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt aus dem Geltungsbereich des Rechtes der Bundesrepublik Deutschland verlegt oder sein Sitz, sein Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthaltsort im Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt ist.
- Ziffer 12.2 gilt nicht.
- Die Akademie nimmt nicht an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teil.

Für Leistungen, die über einen Onlineshop von TÜV SÜD oder einer anderen TÜV SÜD-Gesellschaft angeboten werden, gelten ggf. zusätzliche Bedingungen.

- 1.3 Die AGB gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als die Akademie ihrer Geltung ausdrücklich zugestimmt hat. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn die Akademie in Kenntnis der AGB des Auftraggebers Leistungen an ihn vorbehaltlos erbringt.
- 1.4 Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Auftraggeber (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben Vorrang vor diesen AGB. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. die schriftliche Bestätigung der Akademie maßgebend.
- 1.5 Die von der Akademie eingesetzten Mitarbeiter oder eingesetzte externe Prüfungsaufsichten handeln während ihrer Tätigkeit ausschließlich im Auftrage und im Namen der Akademie. Zusatz-, Folge- und Neuaufträge mit eingesetzten Prüfungsaufsichten sind ausschließlich über die Akademie abzuschließen.

2 Durchführung des Auftrages

- 2.1 Sofern nicht anderweitig vereinbart, werden Leistungen unter Beachtung der hierfür zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses

geltenden Vorschriften erbracht. Die Akademie ist berechtigt, die Methode oder die Art der Prüfung nach sachgemäßem Ermessen selbst zu bestimmen, soweit keine entgegenstehenden Abmachungen in Textform vereinbart wurden oder soweit zwingende Vorschriften nicht eine bestimmte Vorgehensweise erfordern.

- 2.2 Die Akademie ist berechtigt, zur Auftragsdurchführung auch Unteraufnehmer einzusetzen.
- 2.3 Der Umfang der Leistungen der Akademie wird bei der Erteilung des Auftrages in Textform festgelegt. Ergibt sich bei der ordnungsgemäßen Durchführung des Auftrages ein Bedarf zur Erweiterung oder sonstigen Änderung des ursprünglich vereinbarten Auftrags, sind diese vorab zusätzlich und in Textform zu vereinbaren. §§ 648, 648a BGB bleiben unberührt.

3 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

Der Auftraggeber übergibt der Akademie kostenlos und rechtzeitig die erforderlichen Informationen und Unterlagen und stellt ihm die erforderlichen Räumlichkeiten und die technische Umgebung kostenlos zur Verfügung.

4 Fristen, Unmöglichkeit

- 4.1 Von der Akademie angegebene Fristen sind unverbindlich, es sei denn, deren Verbindlichkeit ist ausdrücklich in Textform vereinbart.
- 4.2 Setzt der Auftraggeber der Akademie nach Fälligkeit der Leistung eine angemessene Nachfrist und lässt die Akademie diese Frist verstreichen, oder wird der Akademie die Leistung unmöglich, ist der Auftraggeber berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten und - sofern Akademie ein Verschulden trifft - Schadensersatz statt der Leistung zu verlangen. §§ 281, 323 BGB bleiben unberührt.

5 Absage und Verschieben von Prüfungsterminen

- 5.1 Die Akademie ist berechtigt, vereinbarte Prüfungs-/Zertifizierungstermine ohne Angabe von Gründen bis 7 Tage vor dem geplanten Termin abzusagen oder zu verschieben. Die Akademie ist auch zu Absagen bis zum Tage der Prüfung berechtigt, wenn und soweit sie entweder aufgrund ihres Status als Examination Institute oder aus anderen Gründen zu Anpassungen im Prüfungs-/Zertifizierungsverfahren gezwungen ist und die geplante Prüfung/Zertifizierung aus diesem Grund nicht mehr wie ursprünglich vorgesehen angeboten werden kann. Der Auftraggeber hat in diesen Fällen keinerlei Anspruch auf Schadensersatz oder Ersatz sonstiger Aufwendungen.
- 5.2 Bei Ausfall eines Prüfungstermins durch Krankheit des Prüfers / der Prüfungsaufsicht oder sonstige unvorhersehbare Ereignisse besteht kein Anspruch auf Durchführung der Prüfung. Über Ersatztermine werden sich die Vertragsparteien einvernehmlich verständigen. Fällt eine Veranstaltung ersatzlos aus, werden dem Auftraggeber bereits geleistete Prüfungsgebühren rückerstattet. Darüber hinaus gehende Ansprüche des Auftraggebers bzw. der an der Prüfung teilnehmenden Personen bestehen nicht.

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN

für die Durchführung von Prüfungs- und Zertifizierungsdienstleistungen
der Zertifizierungsstelle für Personal der TÜV SÜD Akademie GmbH



6 Rücktritt des Auftraggebers

6.1 Rücktritt

Der Teilnehmer kann von einer Anmeldung bzw. einem Auftrag zurücktreten. Der Rücktritt muss der Akademie in Textform mitgeteilt werden. Bei einer Rücktrittserklärung, die spätestens 2 Wochen vor dem Prüfungs-/Zertifizierungstermin eingeht, entfällt die Pflicht zur Leistung des Preises, danach wird der volle Preis erhoben.

Der volle Preis wird auch bei Nichterscheinen, nur zeitweiser Teilnahme oder vorzeitigem Verlassen einer Prüfung/ Zertifizierung erhoben.

6.2 Umbuchung

Der Teilnehmer kann vor dem Prüfungs-/Zertifizierungstermin auf eine andere Veranstaltung umbuchen. Die Umbuchung muss der Akademie in Textform mitgeteilt werden. Eine Umbuchung bis spätestens 2 Wochen vor dem Prüfungs-/Zertifizierungstermin ist kostenlos. Bei einer Umbuchung ab 2 Wochen vor dem Prüfungs-/Zertifizierungstermin wird eine zusätzliche Bearbeitungsgebühr in Höhe von € 250 zzgl. MwSt. fällig.

6.3 Fristwahrung

Für die Fristwahrung ist das Datum des Poststempels oder der E-Mail an akd.zert@tuvsud.com maßgebend.

6.4 Die Benennung eines Ersatzteilnehmers ist jederzeit kostenfrei möglich.

6.5 Das gesetzliche Widerrufsrecht bleibt hiervon unberührt.

7 Haftung

7.1 Soweit sich aus diesen AGB einschließlich der nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt, haftet die Akademie bei Pflichtverletzungen nach den gesetzlichen Vorschriften.

7.2 Auf Schadensersatz haftet die Akademie, gleich aus welchem Rechtsgrund, im Rahmen der Verschuldenshaftung bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Bei einfacher Fahrlässigkeit haftet die Akademie, vorbehaltlich eines mildernden Haftungsmaßstabs nach den gesetzlichen Vorschriften (z.B. für Sorgfalt in eigenen Angelegenheiten), nur (i) für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, (ii) für Schäden aus der nicht unerheblichen Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Verpflichtung, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Vertragspartner regelmäßig vertraut und vertrauen darf); in letzterem Fall ist die Haftung der Akademie jedoch auf den Ersatz des bei Vertragsschluss vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schadens begrenzt.

7.3 Die Haftungsbeschränkung gemäß Ziffer 7.2 gilt auch bei Pflichtverletzungen durch bzw. zugunsten von Personen, deren Verschulden die Akademie nach gesetzlichen Vorschriften zu vertreten hat sowie eine etwaige persönliche Haftung von Organen sowie Sachverständigen und sonstigen Mitarbeitern der Akademie. Sie gilt nicht, soweit die Akademie bzw. die vorgenannten Personen einen Mangel arglistig verschwiegen haben sowie bei Ansprüchen aus einer Beschaffenheitsgarantie oder für Ansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz.

7.4 Der Auftraggeber hat etwaige Schäden, für die die Akademie haften soll, unverzüglich der Akademie in Textform anzuzeigen.

7.5 Soweit Schadensersatzansprüche nach dieser Ziffer 6 beschränkt sind, verjähren sie, soweit sie nicht der Verjährung des § 438 Abs. 1 Nr. 2 BGB oder des § 634a Abs. 1 Nr. 2 BGB unterliegen, nach einem Jahr ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

8 Höhere Gewalt

Für den Fall, dass eine der Parteien aufgrund eines ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignisses, auf das diese Partei keinen Einfluss hat und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt nicht hätten vermieden werden können (Höhere Gewalt) ihre Leistungspflichten gegenüber der anderen Partei ganz oder teilweise nicht oder nicht rechtzeitig erfüllen kann, sind die betroffenen Leistungspflichten der sich auf die Höhere Gewalt berufenden Partei so lange ausgesetzt, wie das Ereignis und dessen Folgen andauern; ebenso entfallen für diesen Zeitraum etwaige Gegenleistungspflichten der anderen Partei. Ansprüche, insbesondere Schadensersatzansprüche der anderen Partei bestehen insoweit nicht. Die sich auf Höhere Gewalt berufende Partei ist jedoch verpflichtet, die andere Partei unverzüglich in Textform über das Ereignis, die ausgesetzten Leistungspflichten sowie die voraussichtliche Dauer der Aussetzung der Leistungspflichten zu informieren. Entsprechendes gilt, wenn die sich auf Höhere Gewalt berufende Partei während der Aussetzung der Leistungspflichten unter Beachtung der gebotenen Sorgfalt erkennen muss, dass sich die mitgeteilte voraussichtliche Dauer der Aussetzung wesentlich verändert. Dauert das Ereignis länger als sechs Monate ab erstmaliger Information gegenüber der anderen Partei an, sind beide Parteien berechtigt, vom Vertrag zurücktreten. An die Stelle des Rücktrittsrechts tritt für Dauerschuldverhältnisse das Recht zur Kündigung. Die Aussetzung einer Zahlungspflicht kann – außer in gesetzlich angeordneten Fällen oder wenn es sich um eine Gegenleistungspflicht im Sinne von Satz 1 handelt - nicht auf Höhere Gewalt gestützt werden. § 287 Satz 2 BGB (Haftung für Zufall während des Schuldnerverzugs) bleibt unberührt.

9 Zahlungsbedingungen

9.1 Sofern nicht ausdrücklich ein Festpreis oder eine andere Bemessungsgrundlage vereinbart ist, erfolgt die Vergütung nach den zum Zeitpunkt der Leistungserbringung gültigen Preisen der Akademie.

9.2 Angemessene Kostenvorschüsse können verlangt werden und/oder Teilrechnungen entsprechend den bereits erbrachten Leistungen können gestellt werden. Teilrechnungen müssen nicht als solche bezeichnet sein. Der Erhalt einer Rechnung bedeutet nicht, dass die Akademie damit den Auftrag vollständig abgerechnet hat.

9.3 Die gem. Ziffer. 9.2 und/oder durch Schlussrechnung nach Abnahme des Werkes in Rechnung gestellte Vergütung ist sofort nach Rechnungsstellung zur Zahlung fällig, soweit keine anderweitige Vereinbarung getroffen wurde. § 286 BGB bleibt unberührt.

9.4 Reisekosten, Reisezeiten, Spesen und Übernachtungskosten werden ggf. zusätzlich in Rechnung gestellt.

10 Exportkontrolle und Embargos

10.1 TÜV SÜD ist zur fristgerechten Erbringung von Leistungen nicht verpflichtet, soweit und solange dies zu Verstößen

ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN

für die Durchführung von Prüfungs- und Zertifizierungsdienstleistungen der Zertifizierungsstelle für Personal der TÜV SÜD Akademie GmbH

gegen exportkontroll- und embargorechtliche Beschränkungen führen würde. TÜV SÜD hat den Auftraggeber in diesem Fall unverzüglich in Textform über das Leistungshindernis zu informieren.

10.2 Ist TÜV SÜD an der fristgerechten Erbringung einer Leistung aufgrund von exportkontroll- und embargorechtlichen Beschränkungen erforderlichen Genehmigungs-, Lizenz- oder sonstigen behördlichen Verfahrens gehindert, so verlängern sich von TÜV SÜD mit dem Auftraggeber verbindlich vereinbarten Liefer- und Fertigstellungsfristen angemessen um die Dauer der hierdurch bedingten Verzögerung. TÜV SÜD hat den Auftraggeber in diesem Fall unverzüglich in Textform über die Verzögerung zu informieren.

10.3 Dauert das Leistungshindernis nach Ziff. 10.1 oder die Verzögerung nach Ziff. 10.2 länger als sechs Monate ab erstmaliger Information des Auftraggebers durch TÜV SÜD an, sind beide Parteien berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. An die Stelle des Rücktrittsrechts tritt für Dauerschuldverhältnisse das beiderseitige Recht zur Kündigung. Weitere Ansprüche des Auftraggebers aus Gründen der Ziff. 10.1 und 10.2, insbesondere Schadensersatzansprüche, bestehen nicht.

10.4 Der Auftraggeber ist bei Verwendung bzw. Weitergabe der von TÜV SÜD erbrachten Leistungen zur Beachtung der jeweils geltenden und anwendbaren exportkontroll- und embargorechtlichen Beschränkungen verpflichtet. Erforderliche Genehmigungen oder Lizenzen hat der Auftraggeber bei den zuständigen Behörden einzuholen. Verstöße des Auftraggebers gegen exportkontroll- und embargorechtliche Beschränkungen berechtigen TÜV SÜD zum Rücktritt vom Vertrag. An die Stelle des Rücktrittsrechts tritt für Dauerschuldverhältnisse das Recht zur Kündigung.

10.5 Der Auftraggeber ist gegenüber TÜV SÜD auf Anforderung verpflichtet, unverzüglich vollständige Informationen über Verwendungszweck, Endempfänger und Endverwendung der von TÜV SÜD zu erbringenden Leistungen zu übermitteln, insbesondere sogenannte Endverbleibsdokumente auszustellen oder beizubringen.

10.6 Der Auftraggeber stellt TÜV SÜD von allen Ansprüchen, die von Behörden oder sonstigen Dritten gegenüber TÜV SÜD wegen schuldhafter Verstöße des Auftraggebers gegen exportkontroll- und embargorechtliche Beschränkungen geltend gemacht werden, in vollem Umfang frei und verpflichtet sich zum Ersatz aller TÜV SÜD in diesem Zusammenhang entstehenden Schäden und Aufwendungen.

11. Geheimhaltung, Urheberrecht, Datenschutz

11.1 Von schriftlichen Unterlagen, die der Akademie zur Einsicht überlassen und die für die Durchführung des Auftrages von Bedeutung sind, darf die Akademie Abschriften zu den Akten nehmen.

11.2 Soweit im Zuge der Durchführung des Auftrages Prüfergebnisse und Zertifikate, auch in elektronischer Form, erstellt werden, die dem Schutz des Urheberrechts unterliegen (im Folgenden „Werke“), räumt die Akademie dem Auftraggeber hieran ein einfaches, nicht übertragbares und nicht unterlizensierbares Nutzungsrecht ein, soweit dies nach dem Vertragszweck erforderlich ist. Weitere Rechte werden nicht eingeräumt bzw. übertragen. Der Auftraggeber darf Werke nur vollständig und auch sonst in unveränderter Form und nur für den Vertragszweck verwenden. Insbesondere bedarf eine

Veröffentlichung oder Vervielfältigung zu Werbezwecken in jedem Einzelfall der vorherigen schriftlichen Einwilligung der Akademie.

11.3 Die Akademie wird Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, die der Akademie bei der Durchführung des Auftrages zur Kenntnis gelangen, außerhalb der Durchführung des Auftrages nicht unbefugt offenbaren und verwerten.

11.4 Die Akademie verarbeitet personenbezogene Daten des Auftraggebers zur ordnungsgemäßen Auftragserfüllung und auch im Übrigen nur zu erlaubten Zwecken. Dazu setzt die Akademie auch automatische Datenverarbeitungsanlagen ein. Bei der Datenverarbeitung erfüllt die Akademie alle anwendbaren datenschutzrechtlichen Anforderungen.

12. Gerichtsstand, Erfüllungsort, anzuwendendes Recht

12.1. Gerichtsstand für die Geltendmachung von Ansprüchen für beide Vertragspartner ist der Sitz der Akademie (allgemeiner Gerichtsstand gemäß § 17 ZPO), soweit die Voraussetzungen gemäß § 38 Zivilprozessordnung vorliegen.

12.2. Erfüllungsort für alle sich aus dem Vertrag ergebenden Verpflichtungen ist der Sitz der Akademie.

12.3. Das Vertragsverhältnis und alle Rechtsbeziehungen hieraus unterliegen ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Kollisionsrechts, des Internationalen Privatrechts (IPR) sowie des UN-Kaufrechts (CISG)